

consortiumnews.com

BRIEF AUS LONDON: Zur Frage, ob Assanges Anwälte eine Gegenklage in Erwägung ziehen

14-17 Minuten

19.02.2021

Wenn dies geschieht, wird die Anhörung am High Court in London epochale Bedeutung erlangen, schreibt Alexander Mercouris.

Die Royal Courts of Justice am Strand, Sitz des High Court in London. (Sjong, CC BY-SA 2.0, Wikimedia Commons)

Von Alexander Mercouris
in London
Speziell für Consortium News

Die Anwälte von Julian Assange erwägen, eine Gegenklage beim High Court in London einzureichen, um Teile des Urteils der Bezirksrichterin Vanessa Baraitser vom 4. Januar anzufechten, Assange nicht an die Vereinigten Staaten auszuliefern, so ein Bericht des Journalisten Tareq Haddad.

Baraitser lehnte den Antrag der USA aus engen Gründen ab und sagte, dass die Auslieferung von Assange sein Leben und seine Gesundheit gefährden würde. Aber Baraitser stellte sich in allen anderen rechtlichen und faktischen Punkten auf die Seite der USA und machte deutlich, dass sie dem Antrag der USA auch ohne die Lebens- und Gesundheitsrisiken stattgegeben hätte.

Das öffnet den Weg für die US-Regierung, die Auslieferung anderer Personen zu beantragen, einschließlich Journalisten, die die gleichen Dinge tun wie Assange, aber die sich nicht auf die gleichen Lebens- und Gesundheitsfragen verlassen können.

Es bedeutet auch, dass, wenn die USA die Berufung gewinnen, die sie letzten Freitag vor dem Obersten Gerichtshof eingereicht haben, sie Assange in den USA auf den Espionage Act-Anklagen versuchen können, die von Baraitser unangefochten blieben. Wenn Assanges Anwälte der US-Berufung mit einer eigenen Berufung vor dem High Court gegen Baraitzers Aufrechterhaltung der Spionagevorwürfe entgegentreten, würde diese gleichzeitig mit der US-Berufung gehört werden.

Stella Moris, Assanges Partnerin, hat geschrieben, dass Assanges Anwälte in der Tat eine Kreuzberufung in Betracht ziehen:

"Der nächste Schritt in dem Rechtsfall ist, dass Julians Anwaltsteam auf die US-Berufungsbegründung antworten wird. Julians Anwälte sind hart am Arbeiten. Julians Team hat den High Court gebeten, ihnen mehr Zeit zu geben,

um zu überlegen, ob sie eine Gegenberufung einlegen sollen, um die Teile des Urteils anzufechten, in denen der Richter nicht auf Julians Seite und die Argumente der Pressefreiheit stand. Eine Gegenberufung würde die Möglichkeit bieten, Julians Namen ordnungsgemäß reinzuwaschen.

Obwohl Julian vor dem Magistrates' Court gewonnen hat, hat sich der Richter nicht auf seine Seite gestellt, was die Argumente des öffentlichen Interesses angeht. Wir wollten, dass ein britisches Gericht die Auslieferung ordnungsgemäß aufhebt und auch die anderen Gründe widerlegt. Wir wollten, dass festgestellt wird, dass die Auslieferung ein Versuch ist, den Journalismus zu kriminalisieren, nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien und dem Rest der Welt; und dass die Entscheidung, Julian anzuklagen, ein politischer Akt war, eine Verletzung des Abkommens, eine Verletzung seiner Menschenrechte und ein Missbrauch des Verfahrens. Julians Auslieferungsteam prüft alle diese Punkte und ob sie mit einem Rechtsmittel angefochten werden können."

Die Frage nach einer politischen Straftat

Julian Assange vor dem High Court in London, 2011. (acidpolly/Flickr)

Während Assanges Auslieferungsanhörung stritten sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung darüber, ob sich das Gericht an den Auslieferungsvertrag zwischen den USA und Großbritannien halten sollte oder an das Auslieferungsgesetz, das den Vertrag zum Teil des britischen Rechts machte.

Artikel 4 des Vertrages verbietet die Auslieferung wegen einer politischen Straftat, so wie es das britische Recht seit Jahrhunderten getan hat. Das Gesetz ließ dies mysteriöserweise aus. Assanges Anwälte plädierten eindeutig dafür, den Vertrag zu befolgen, aber Baraitser zitierte das Gesetz.

In seinem Artikel wies Haddad auf Kommentare des britischen Abgeordneten und ehemaligen Kabinettsministers David Davis vor dem Unterhaus am Jan. 21 hin.

Davis, der als Schatten-Innenminister der Konservativen eine zentrale Rolle in den Parlamentsdebatten spielte, die dazu führten, dass das Auslieferungsgesetz von 2003 Gesetz wurde, sagte dem Unterhaus:

"Obwohl wir hier heute natürlich nicht die Substanz des Assange-Urteils diskutieren können, muss das Haus die besorgniserregende Entwicklung im Allgemeinen in unseren Auslieferungsregelungen zur Kenntnis nehmen - die Auslieferung für politische Straftaten. Dies rührt von einer falschen Interpretation der Intention des Parlaments im Jahr 2003 her. Dies muss nun klargestellt werden.

Artikel 4 des Auslieferungsvertrags zwischen dem Vereinigten Königreich und den USA sieht vor, dass eine Auslieferung wegen politischer Straftaten nicht gewährt wird. Im Vereinigten Königreich wurde der Vertrag im Auslieferungsgesetz 2003 umgesetzt. Es wurde behauptet, dass das Parlament bei der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2003 explizit die Entscheidung getroffen hat, die Sperre aufzuheben, weil das Gesetz nicht ausdrücklich auf politische Straftaten Bezug nimmt. Das ist nicht der Fall - das Parlament hatte keine solche Absicht.

Hätte es eine solch massive Abweichung von unserer jahrhundertelangen Tradition der Asylgewährung beabsichtigt, wäre sie explizit gewesen...."

Davis berief sich dabei auf Zusicherungen, die dem Unterhaus während der Parlamentsdebatten vor der Verabschiedung des Auslieferungsgesetzes 2003 gegeben wurden. Davis bezog sich insbesondere auf bestimmte Kommentare des britischen Ministers Bob Ainsworth. Laut dem offiziellen Protokoll der Debatten im Hansard sagte Ainsworth dem Unterhaus:

"Der Gesetzentwurf wird sicherstellen, dass niemand ausgeliefert werden kann, wenn das Ersuchen politisch motiviert ist, wenn die Regel der doppelten Strafverfolgung gilt oder wenn der Gesundheitszustand des Flüchtlings - ein Thema, das von meinem verehrten Freund, dem Mitglied für Leyton und Wanstead (Harry Cohen), angesprochen wurde - es ungerecht machen würde. Bei Verurteilungen in Abwesenheit werden wir nur ausliefern, wenn der Flüchtling sicher sein kann, dass er ein Wiederaufnahmeverfahren bekommt. Wir werden nicht ausliefern, wenn wir nicht sicher sind, dass die Todesstrafe nicht vollstreckt wird. Schließlich, und das ist sehr wichtig, kann die Auslieferung nicht stattfinden, wenn sie mit den Menschenrechten des Flüchtlings unvereinbar wäre." (Hervorhebung hinzugefügt)

Britische Gerichte wägen in der Regel nicht die im Parlament gemachten Äußerungen ab, wenn sie überlegen, wie ein Parlamentsgesetz auszulegen ist. Die britische Rechtstradition ist es, ein Parlamentsgesetz strikt auf der Grundlage seines eigenen Wortlauts auszulegen. Britische Gerichte berücksichtigen im Allgemeinen nicht, was während der Parlamentsdebatten über ein Gesetz gesagt wurde, auch nicht von Ministern, die es vorschlagen. Allerdings gibt es zahlreiche Ausnahmen, und es handelt sich nicht um eine feste Regel.

Britische Berufungsgerichte sind auch im Allgemeinen zurückhaltend, wenn es darum geht, Beweise zu betrachten, wie z.B. die Kommentare von Davis, die nach dem Urteil, gegen das Berufung eingelegt wird, entstanden sind. Auch das ist jedoch keine feste Regel.

Man sollte vorsichtig sein mit der Idee einer Berufung beim High Court im Namen von Assange. Trotz der Tatsache, dass Baraitser in den meisten strittigen rechtlichen und faktischen Fragen des Falles auf der Seite der US-

Regierung stand, lehnte sie am Ende den Antrag der US-Regierung auf die Auslieferung von Assange ab. Die normale Praxis in einem Berufungsverfahren ist es, ein Urteil, das zu seinen Gunsten gefällt wurde, aufrechtzuerhalten und es nicht durch eine Gegenberufung anzufechten, die dazu dienen könnte, es zu untergraben. Das bedeutet oft, dass man sich mit Dingen im Urteil abfindet, mit denen man unzufrieden ist.

Es gibt jedoch nichts Normales an Assanges Fall. Wie Moris' Kommentare zeigen, muss man sich, vielleicht mehr als in fast jedem anderen Fall, der übergeordneten und sogar transzendenten Fragen der Medienfreiheit und der Menschenrechte bewusst sein, die sich stellen.

Bob Ainsworth im Jahr 2010. (Chatham House, CC BY 2.0, Wikimedia Commons)

Es könnte sein, dass Assanges Anwälte entscheiden werden, dass Ainsworths Kommentare vor dem Unterhaus im Jahr 2003, Davis' jüngste Kommentare über die Absichten des Parlaments zu der Zeit, als das Auslieferungsgesetz 2003 verabschiedet wurde, und alle anderen rechtlichen oder faktischen Punkte, die genügend Gewicht haben, eine Berufung rechtfertigen, trotz der damit verbundenen Risiken.

Wenn Assanges Anwälte sich dazu entschließen, eine Gegenberufung einzulegen, dann wird die Anhörung vor dem High Court über diese und die US-Berufung epochale Bedeutung erlangen.

Baraiters Feststellung, dass das Auslieferungsgesetz von 2003 die Auslieferung von Personen an die USA erlaubt, die politisch angeklagt sind, weil das Gesetz solche Auslieferungen nicht ausdrücklich verbietet, war ihre Art, die vielen Widersprüche und Logikfehler zu umgehen, mit denen der US-Fall gegen Assange übersät war, wie ich in meinem vorherigen Brief aus London diskutiert habe.

Meiner Ansicht nach hebt die Auslassung des Verbots der Auslieferung aus politischen Gründen im Gesetz dieses Verbot nicht tatsächlich auf. Es gibt viel zu viel Rechtsprechung, die bestätigt, dass das Verbot existiert, als dass es einfach durch Schweigen abgeschafft werden könnte. Wie Davis sagte, wenn das Parlament dieses Verbot wirklich hätte abschaffen wollen, hätte das Gesetz dies ausdrücklich gesagt.

Wenn der High Court dieser Argumentation folgen und entscheiden würde - wie Ainsworth dem Unterhaus 2003 sagte und wie Davis jetzt sagt -, dass das Fehlen jeglichen Verweises auf dieses Verbot im Gesetz nicht bedeutet, dass die Auslieferung von Personen, die politischen Anklagen ausgesetzt sind, jetzt erlaubt ist; und dass die britische Tradition, solche Auslieferungen zu verbieten, in der Tat immer noch besteht (auch wenn sie nicht ausdrücklich im

Gesetz erwähnt wird), dann bricht die gesamte Grundlage von Baraiters Argumentation zusammen und wird als falsch erwiesen.

Das wäre ein großer Sieg für die Rechte von Journalisten, für die freie Meinungsäußerung im Allgemeinen, für die Rechte von Flüchtlingen und für Menschen, die wegen politischer Anschuldigungen ausgeliefert werden sollen.

Wenn das passiert, würden die USA mit ziemlicher Sicherheit gegen die Entscheidung des High Court Berufung beim Obersten Gerichtshof Großbritanniens einlegen, um eine maßgebliche und endgültige Entscheidung zu erhalten. Es wäre möglicherweise eine ebenso einflussreiche und wichtige Entscheidung wie der Pinochet-Fall.

Middlesex Guildhall am Parlamentsplatz in London, Sitz des Obersten Gerichtshofs des Vereinigten Königreichs. (Christine Smith, CC BY-SA 4.0, Wikimedia Commons)

Sollten Assanges Anwälte dagegen in Berufung gehen, könnte der High Court in der Frage der politischen Straftat entscheiden, dass das britische Parlament nach der Doktrin der parlamentarischen Souveränität uneingeschränkte Befugnis hat, Gesetze zu verabschieden und berechtigt ist, die Gesetze zu verabschieden, die es für angemessen hält. Es ist nicht verpflichtet, einem internationalen Vertrag zu folgen.

Außerdem, da das Parlament souverän ist, haben die von ihm erlassenen Gesetze innerhalb Großbritanniens Vorrang vor allen anderen Gesetzen, einschließlich des internationalen Rechts. Wenn also das britische Parlament ein Gesetz erlässt, das dem Völkerrecht oder einem internationalen Vertrag widerspricht, werden die britischen Gerichte das vom Parlament erlassene Gesetz anwenden und das Völkerrecht oder den internationalen Vertrag generell missachten.

Dies ist die klassische britische Verfassungsdoktrin der Souveränität des Parlaments. In den letzten 50 Jahren ist sie jedoch allmählich erodiert. Während Großbritannien Mitglied der Europäischen Union war, akzeptierte das Parlament, dass das EU-Recht Vorrang vor allen Gesetzen hat, die das Parlament erlässt. Ebenfalls 1998 verabschiedete das Parlament den Human Rights Act, der besagt (und immer noch besagt), dass die Europäische Menschenrechtskonvention Vorrang vor jedem britischen Gesetz hat.

Aber in den allermeisten Situationen gilt immer noch die Doktrin der parlamentarischen Souveränität, und der Austritt Großbritanniens aus der EU hat diese Doktrin kürzlich noch verstärkt.

Aber warum ist Assange überhaupt in dieser Position? Schließlich, so erinnerte Davis das Unterhaus, war es immer britische Tradition, die Auslieferung von Personen zu verweigern, die politisch angeklagt sind. Was hat sich geändert,

dass ein Richter wie Baraitser sagen kann, dass diese jahrhundertealte Tradition nicht mehr gilt und dass es für Großbritannien nun möglich ist, jemanden auszuliefern, der politisch angeklagt ist?

Bushs Krieg gegen den Terror

Präsident George W. Bush hält eine Pressekonferenz im Pentagon am 17. September 2001. Rechts steht die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice. (Weißes Haus)

Kurz gesagt, das Schweigen zu diesem Punkt im Auslieferungsgesetz von 2003, das von Baraitser zur Untermauerung ihrer Argumentation herangezogen wurde, ist eine weitere böartige Folge des desaströsen "Kriegs gegen den Terror" der Regierung George W. Bush, dem sich die britische Regierung, damals unter Premierminister Tony Blair, begeistert anschloss.

Im Jahr 2003 strich die Blair-Regierung das traditionelle Verbot der Auslieferung von Personen, die politisch angeklagt waren, aus dem Auslieferungsgesetz von 2003, weil sie es der britischen Regierung erleichtern wollte, Personen auszuliefern und zu entsorgen, die nach Ansicht der US-amerikanischen und britischen Regierung "Terroristen" waren. Sie wollte nicht, dass diese Personen, die sie als "Terroristen" bezeichnete, Auslieferungsanträge mit der Begründung abwehren, die gegen sie erhobenen Anklagen seien politisch motiviert. Also entfernte sie das traditionelle Verbot der Auslieferung aufgrund politisch motivierter Anklagen aus dem Text des Auslieferungsgesetzes von 2003.

Obwohl der Vertrag ebenfalls nach Beginn des Krieges gegen den Terror unterzeichnet wurde, werden Verträge von Beamten ausgehandelt und die jeweilige Regierung wird normalerweise erst nach Abschluss der Verhandlungen involviert. Das würde wahrscheinlich erklären, warum das Verbot gegen politische Auslieferungen im Vertrag bleibt und erst im Gesetz entfernt wurde.

Wie ich mich sehr gut erinnere, gab dies, zusammen mit vielem anderen an diesem vagen und schlecht formulierten Gesetz, damals Anlass zu sehr ernsten Bedenken, die durch Kommentare wie die von Ainsworth ausgeräumt werden sollten.

Auf all dies bezieht sich Davis in der gleichen Debatte im Unterhaus:

"Seit wir 2003 dem Auslieferungsabkommen zwischen Großbritannien und den USA zugestimmt haben, ist es überdeutlich geworden, dass die damalige britische Regierung einen wirklich schrecklichen Deal abgeschlossen hat. Asymmetrisch, ineffektiv und grundlegend unfair gegenüber britischen Bürgern, ist es ein schrecklicher Makel in unserem eigenen Justizsystem. Die vorherige Labour-Regierung ging an das Abkommen heran, als ob es ihre

Pflicht wäre, in erster Linie die Wünsche unserer amerikanischen Freunde zu unterstützen und nicht die Rechte der britischen Bürger zu schützen.

Vielleicht war das im Zusammenhang mit dem Terrorismus, der zu dieser Zeit die Welt erschütterte, verständlich, aber Freunde müssen ehrlich zueinander sein, und jetzt müssen wir sagen: "Genug ist genug."

Das Abkommen von 2003 ebnete den Weg für die Auslieferung britischer Bürger an die US-Behörden, mit minimalen Schutzmaßnahmen gegen Unrecht...."

Wenn eine Gegenklage eingereicht wird, werden wir sehen, was all diese Zusicherungen aus dem Jahr 2003, einschließlich derjenigen, die Ainsworth dem Unterhaus gegeben hat, wirklich wert sind. Wir werden auch sehen, wie der High Court und letztendlich der U.K. Supreme Court in dieser Frage entscheiden werden.

In der Zwischenzeit, wenn es nichts anderes tut, zeigt dieser Fall wieder einmal, dass die Kompromittierung alter Schutzmechanismen, um mit einem Notfall oder einem scheinbaren Notfall umzugehen, Probleme für die Zukunft aufstauen kann, und dass das vorsätzliche Wegwerfen wichtiger Schutzmechanismen des ordentlichen Verfahrens, um mit einer Krise des Augenblicks umzugehen, etwas ist, das man in Ruhe bereuen wird.

Alexander Mercouris ist Rechtsanalytiker, politischer Kommentator und Redakteur von The Duran.

Die geäußerten Ansichten sind ausschließlich die des Autors und können, müssen aber nicht, die von Consortium News widerspiegeln.